

TTIP-, CETA- und TISA-Resolution des Marktes Langquaid

Der Markt Langquaid befürchtet durch das geplante Inkrafttreten der Freihandelsabkommen TTIP (Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa), CETA (Freihandelsabkommen zwischen Kanada und Europa) und TISA (Internationales Abkommen über die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen) massive negative Auswirkungen auf die Gemeinde im Hinblick auf die öffentliche Daseinsvorsorge (z. B. kommunale Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Kindergärten usw.), die öffentliche Auftragsvergabe, den weiteren Erhalt und Ausbau von Kultur- und Bildungseinrichtungen, die Tarif-, Arbeits- und Lebensbedingungen von Beschäftigten und Auftragnehmern des Marktes Langquaid und darüber hinaus auch auf den Fortbestand der Sparkasse Landshut in seiner jetzigen Rechtsform.

Der Markt Langquaid spricht sich daher dafür aus, dass die folgenden Forderungen umgesetzt werden:

1. Durch TTIP, CETA und TISA darf es zu keiner Absenkung des derzeitigen Verbraucherschutzniveaus (z. B. Vorschriften für gentechnisch veränderte Lebensmittel, Importverbot für hormonbehandeltes und Klonfleisch, Kennzeichnungspflicht bei Behandlung von Lebensmitteln) und auch zu keiner Erschwerung der künftigen Festsetzung von akuten und vorsorgenden Verbraucherschutzvorschriften aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse kommen.
2. Durch TTIP, CETA und TISA darf das Recht der EU und der Mitgliedsstaaten einschließlich der Regionen und Kommunen nicht eingeschränkt werden, in wichtigen gesellschaftspolitischen Bereichen wie z. B. Arbeit, Soziales, Verbraucherschutz, Umwelt, Sicherheit, öffentliche Gesundheit und Gefahrenabwehr erforderliche Maßnahmen zu treffen und diese (in nicht diskriminierender Weise) durchzusetzen.
3. Die derzeit geplanten Regelungen zum Investitionsschutz und insbesondere zum Investor-Staat-Schiedsverfahren mit Ausschluss der ordentlichen Gerichtsbarkeit werden abgelehnt, weil sie (wie aktuelle Beispiele in Kanada und Australien zeigen) die Gefahr bergen, dass das Recht, angemessene und demokratisch legitimierte Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen zu treffen, ausgehebelt oder beeinträchtigt wird.
4. Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände und des Ausschusses der Regionen müssen an den sogenannten „stakeholder briefings“ beteiligt werden und dort ihre Belange einbringen können.
5. Die Vertragsverhandlungen sind entsprechend dem deutschen Gesetzgebungsverfahren statt wie bisher geheim künftig grundsätzlich öffentlich zu führen, da es um grundsätzliche Rahmenfestlegungen aller geht und nicht um Angelegenheiten Einzelner Firmen bzw. Konzerne
6. Die Bayer. Staatsregierung, die Bundesregierung, die europäische Kommission sowie alle örtlichen Abgeordneten zu diesen Gremien werden aufgefordert sich mit allem Nachdruck im Sinne der o.g. Forderungen einzusetzen und dem Markt Langquaid (vertritt eine Region mit ca. 5.400 Einwohnern) über ihre Bemühungen zu unterrichten.

Langquaid, den